

Bildung und Teilhabe – Lokale Fachleute diskutieren die bisherige Umsetzung des Programms für Kinder

Problemfeld Lernförderung

VON JÜRGEN KEMPF

REUTLINGEN. Vor rund einem Dreivierteljahr ist das Gesetz zum Bildungs- und Teilhabepaket rückwirkend zum 1. Januar 2011 in Kraft getreten. Bedürftigen Kindern sollten damit besser Chancen eingeräumt werden. Schnell musste es vor Ort umgesetzt werden. Wie dies gelungen ist und ob die Hilfe vor Ort auch ankommt, wollten jetzt die Grünen bei einem Fachgespräch eruieren, zu dem zahlreiche lokale Akteure geladen waren.

Im mittleren Sitzungssaal des Rathauses hatten sich unter der Moderation der grünen Bundestagsabgeordneten Beate Müller-Gemmeke und Fraktionssprecher Rainer Buck Vertreter von Stadt, Kreis, Landratsamt und mit der Angelegenheit befasste Vereine, Einrichtungen und Organisationen versammelt, um ihre Erfahrungen auszutauschen. Vorweg sei gesagt, dass sowohl die Sozialämter von Stadt und Kreis wie auch das Jobcenter prinzipiell von den Beteiligten ein Lob über die nach Anlaufschwierigkeiten doch gelungene Umsetzung erhielten.

Bitte um Verständnis

Andreas Bauer, Sozialdezernent des Landkreises, bat da um Verständnis, habe man die Angelegenheit sehr kurzfristig umsetzen müssen. Auch der Koordinationsaufwand sei sehr hoch gewesen. Das bestätigte auch der stellvertretende Leiter des Jobcenters Thomas Franz. Es sei ein »enormer Verwaltungsaufwand« gewesen. Man habe aber die Anträge dank guter Vorbereitung innerhalb weniger Wochen abarbeiten können. Wie Bauer ausführte, würden von den 6 100 Anspruchsberechtigten im Kreis mittlerweile 6 170 Anträge vorliegen. Und von 3 330 Familien sei mindestens ein Antrag eingereicht worden.

Lob für Verwaltungen

Gelobt wurden die Verwaltungen nicht nur von der AWO-Leiterin Gisela Steinhilber und dem Liga-Vorsitzenden Achim Scherzinger, der allerdings die verschiedenen Ansprechpartner monierte, sondern auch von Dusan Vesenjok, dem Sprecher des Reutlinger Integrationsrates. Der formulierte einen wesentlichen Problemkreis: Trotz des mittlerweile vereinfachten Antragsverfahrens sei die Sache bei vielen Migranten noch nicht angekommen, meinte er. Dafür gebe es mehrere Gründe, wobei einer in den mangelnden Sprachkenntnissen liege. »Es braucht Zeit, bis Innovationen durchdringen«, sagte Vesenjok. Die Migranten bräuchten aber auch starke Partner in Vereinen und Schulen, insbesondere die Eltern mit Sprachproblemen.

Ein weiteres Problem, das aus der Runde formuliert wurde, viele Sportvereine, insbesondere die kleineren, akzeptieren noch nicht die Gutscheine für die Teilnahme an ihren Angeboten. Da besteht wohl noch Gesprächsbedarf, haben die Vereine dabei doch eine »Schlüsselrolle«, wie die Wannweiler Bürgermeisterin und Turngauvorsitzende Anette Rösch betonte. Der nächste Problemkreis, die Lernförderung, hatte sich Müller-Gemmeke besonders vorgenommen. Christine Stieler, Schulleiterin der Jos-Weiß-Schule, konstatierte allerdings keine Probleme (»Wir werden tätig und das klappt«) und wurde auch von Anette Rösch bestätigt: »Bei uns läuft das unproblematisch.«

Bauer war der Meinung, dass die 143 Anträge in Sachen Lernförderung, die bisher eingegangen sind, durchaus »ausbaufähig« seien. Eine Schlüsselrolle käme dabei den Schulen zu. Auch Günter Klinger vom Diakonieverband meinte, dass man noch deutlich mehr »an die Schulen ran muss«, um Schüler und Eltern zu erreichen. Er wie auch Christine Schindler von der Caritas konstatierten bei manchen Müttern und Vätern auch eine gewisse »Scham und Scheu«, Anträge zu stellen.

Frage der Gerechtigkeit

Etwas ins Leere lief der Vorstoß von Susanne Seidemann vom Sozialforum, die kritisierte, dass eine Gruppe bei der Reform vollkommen vergessen worden sei – die Kinder von Asylbewerbern. Die Kommunen sollten per Gemeinderatsbeschlüsse in die Bresche springen, bis der Bund die Gesetzgebung geändert habe. Reutlingens Verwaltungsbürgermeister Robert Hahn wies dies prinzipiell zurück, es sei Bundesaufgabe, dies zu regeln und für Gerechtigkeit zu sorgen. Im Übrigen werde in Reutlingen jedes Asylbewerberkind im Kindergarten aufgenommen, und den Schulfördervereinen habe man mit auf den Weg gegeben, diese Kinder aufzufangen.

Erfahrungswerte abwarten

Andreas Bauer verwies darauf, dass man diese Gruppe auf Kosten des Landkreises einbezogen habe. Schulbedarf, Klassenfahrten, Mittagessen würde man quasi als Vorleistung für eine künftige gesetzliche Regelung übernehmen. Zusammenfassend bat Hahn insbesondere die grüne Abgeordnete um »eine Politik der ruhigen Hand«. Man sollte nicht sofort versuchen nachzusteuern, sondern erst einmal Erfahrungswerte abwarten. Das Gesetz sei ja schließlich erst seit einem guten Dreivierteljahr in Kraft. (GEA)